



# Evangelische Verantwortung

März 1986

## Die Demokratiedenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland

K. Rüdiger Durth

„Das hat mit Widerstand nichts zu tun.“ Leidenschaftlich wehrt sich Professor Roman Herzog, seit 1984 Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, gegen die Mode, etwa die Blockaden von Mutlangen mit dem Mut der Hitler-Gegner im Dritten Reich auf eine Stufe zu stellen. Und ein Recht auf Widerstand



Prof. Dr. Roman Herzog

gibt es weder in der Diktatur, noch in der Demokratie. Mehr will Herzog nicht sagen, „denn eines Tages kommt das Thema ja wohl auf den Karlsruher Tisch.“

Spannung liegt über dem Großen Saal des Konrad-Adenauer-Hauses, wo sich über 300 Gäste zum vierten „Bonner Theologischen Gespräch“ des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU eingefunden haben. Für den Verfassungsrichter Herzog, der früher Staatssekretär, Kultus- und Innenminister war, steht fest: Entweder folgt ein Mensch seinem Gewissen und nimmt dann auch die Konsequenzen in Kauf, oder aber er fügt sich der gegebenen Ordnung.

„Wenn ich mich zwischen Staat und Gott entscheiden müßte, würde ich mich für Gott entscheiden“, stellt er klar, um gleich hinzuzufügen: „Hoffentlich habe ich dann den Mut dazu.“ Aber im Staat des Grundgesetzes werden solche weitreichenden Entscheidungen so gut wie nicht verlangt. Leider gibt es nach Herzog viel zu wenig Menschen im Land, die sich öffentlich zum Grundgesetz bekennen. Ihm reicht es nicht aus, wenn man es nur im Kopf hat oder unter dem Arm trägt. Herzog läßt keinen Zweifel daran, daß er sich zu den streitbaren Demokraten zählt.

### Aufforderung zur Mitarbeit im Staat

Aus diesem Grund ist er auch sehr froh darüber, daß die evangelische Kirche mit ihrer Demokratiedenkschrift vom vergangenen Herbst (das eigentliche Vortragsthema des Abends) endlich einmal Position bezogen hat. Herzog, selbst Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihrer Kammer für öffentliche Verantwortung, unterstreicht

immer wieder die Bitte der Denkschrift um aktive Mitarbeit im Staat.

Ein Staat, der die Mehrheit seiner Bürger nicht hinter sich weiß und immer neue Gewalt zur Durchsetzung seines Willens benötigt, ist kurz über lang am Ende. Herzog: „Wir erleben gerade ein atemberaubendes Beispiel.“ Gemeint sind die Philippinen. Der Staat des Grundgesetzes hingegen hat es verdient, daß man sich für ihn engagiert. Freilich steht für Herzog auch fest, daß sich die Kirche niemals ganz mit ihm identifizieren kann: „Der Staat ist von dieser Welt, der Herr der Kirche ist nicht von dieser Welt. Das ist der wesentliche Unterschied.“

Heiligsprechen will Herzog, der 1988 Präsident des Bundesverfassungsgerichts werden soll, die Bundesrepublik Deutschland keineswegs. Schon deshalb nicht, weil ihm als evangelischem Christen außer Gott nichts absolut ist. Daß man über die Erweiterung der Grundrechte nachdenken kann, ist für ihn so selbstverständlich wie die Tatsache, daß die Genforschung u. a. eine solche Konsequenz haben wird.

Doch für ihn ist das Wie entscheidend. Es müssen nicht unbedingt neue Grundrechte in die Verfassung geschrieben werden, zumal nach seiner Überzeugung das Karlsruher höchste Gericht durch seine Rechtsprechung schon immer den Grundrechten eine Ausweitung hat erfahren lassen. Gleichzeitig aber fragt sich Herzog, was es etwa solle, im Blick auf die 2,5 Millionen Arbeitslosen ein Recht auf Arbeit für alle in das Grundgesetz zu schreiben. Oder aber

angesichts des Waldsterbens eine Umweltschutzklausel aufzunehmen.

Dann, so argumentiert der Praktiker Herzog, ist dies nicht viel mehr als eine gut gemeinte Absicht oder aber Karlsruhe muß dann für die Einhaltung dieser Grundrechte sorgen. Die Folge ist klar: „Dann würde die Politik endgültig von Bonn nach Karlsruhe abwandern.“ Und davon will Roman Herzog nun überhaupt nichts wissen.

### Notwendige Diskussionsgrundlage

Herzog argumentiert vor dem Hintergrund der Demokratiedenkschrift. Einmal läßt er sogar durchblicken, daß er ihr Erscheinen angesichts des inneren Zustandes des deutschen Protestantismus für ein Wunder hält. Nachdrücklich warnt er davor, die einzelnen Sätze der Denkschrift zu interpretieren. Viele Aussagen stellen einen Kompromiß unter den Verfassern dar und sind dann auch so gemeint wie sie dastehen. Herzog: „Laßt die Finger von der Wortklauberei“.

Kein Verständnis hat er dafür, daß sich nun überall die Kritiker aufmachen, um auf das Fehlen bestimmter Themen in dieser Denkschrift hinzuweisen. Wichtig sei, daß der Protestantismus endlich einmal einen Text in der Hand habe, auf den er sich im Blick auf politische Auseinandersetzungen in grundsätzlichen Fragen berufen könne. Für den Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts nach all den Irritationen



Blick auf das Podium während des 4. „Bonner Theol. Gespräches“. Der auf dem Transparent wiedergegebene Titel hätte korrekt heißen müssen: „Die Demokratiedenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland“.

(V. l. n. r.: Prof. Dr. Roman Herzog, der EAK-Bundesvorsitzende, Albrecht Martin, der Landesvorsitzende des EAK in Hessen, Arnulf Borsche und der Bundesgeschäftsführer des EAK, Erhard Hackler).

im protestantischen Streit um den richtigen Weg zum Frieden ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Freilich, die Denkschrift wirft für die EKD vor allem Probleme gegenüber dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR auf. Ist durch das klare Ja zum Grundgesetz das Verhältnis der zwei (seit 1969) selbständigen Kirchen belastet? Roman Herzog hofft, daß Spannungen mit viel Überzeugungskraft überwunden werden können und daß das Kirche-Sein sich als stärker erweist. Immerhin sei es der EKD durch die Denkschrift leichter geworden, sich zu Fragen der Bundesrepublik Deutschland zu äußern.

EAK-Bundesvorsitzender Albrecht Martin konnte unter den Gästen u. a. den früheren Außenminister Gerhard Schröder und Frau Brigitte, Staatsminister Friedrich Vogel und die Parlamentarischen Staatssekretäre Volkmar Köhler (Entwicklung) und Horst Waffenschmidt (Inneres) begrüßen<sup>1)</sup>.

Nach Vortrag und Diskussion blieben viele der Gäste noch bei Wein und Brot auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises zusammen. Das große Interesse an dieser Veranstaltungsreihe zeigt, daß der EAK mit ihr offensichtlich eine Bonner Lücke geschlossen hat.

**Anmerkung:** 1) Beste Genesungsgrüße übermittelten die Teilnehmer des vierten „Bonner Theologischen Gesprächs“ an Professor Helmut Thielicke. Er war als Referent über „Die Identitätskrise der jungen Generation“ eingeladen und mußte wegen einer schweren Erkrankung absagen.

Professor Thielicke starb am 5. März 1986. In der April-Ausgabe der EV veröffentlichten wir den Nachruf von Pfarrer Dr. Lutz Mohaupt.

Die Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie – der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ ist im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn erschienen und im Buchhandel erhältlich.

---

## Rettung des Menschlichen

Werner Remmers

---

Es ist schon ein starkes Stück, wenn ausgerechnet der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes das Verbot der „Tötung auf Verlangen“ als eine „Insel der Inhumanität als Folge kirchlichen Einflusses auf unsere Rechtsordnung“ bezeichnet und die befruchtete Eizelle ein „himbeerähnliches Gebilde“ und eine „wuchernde Substanz der ersten Stunden“ nennt. Aber nun gut: Sogar ein Präsident des Bundesverfassungsgerichtes hat das uneingeschränkte Recht auf Meinungsfreiheit und damit auch das Recht auf eine irrije, unangemessene oder törichte Meinung. Die rechtspolitische Tagung der Union in Karlsruhe hat denn auch die Äußerung von Präsident Zeidler zu einem Diskussionsbeitrag herabgestuft. Aber eben dieser Diskussion sollte man nicht aus dem Wege gehen.

Wenn der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes meint, Antworten auf lebenswichtige ethische Fragen der Abtreibung und der Euthanasie mit polemischen Vorwürfen gegenüber Kirche und Christentum beiseite schieben zu können, dann ist das für mich in der Tat

ein diskussionswürdiges Alarmzeichen. Darüber sollten wir uns aber gerade nicht mit beschwichtigenden Hinweisen auf unseren gesellschaftlichen Pluralismus hinwegsetzen und beruhigt zur Tagesordnung übergehen.

Ich will sagen, warum nicht. Gerade dieser Pluralismus scheint uns immer selbstverständlicher zu werden. Er ist ein willkommener Deckmantel für unsere Beliebigkeiten und Bequemlichkeiten im Leben wie im Denken.

Aber dieser selbstverständlich gewordene Pluralismus versteht sich – im wahrsten Sinne des Wortes – eben nicht von selbst. Er läßt sich letztlich nicht aus sich heraus begründen. Sein Ursprung ist und bleibt bei uns die jüdisch-christliche Überlieferung.

**Die Grundelemente des Pluralismus – also Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit – sind allesamt begründet in der christlichen Lehre von der Unmittelbarkeit des Menschen zu Gott und der deshalb unbedingten Würde des Menschen.**

Im angeblich so dunklen Mittelalter wurde gelehrt, der Mensch sei sittlich in seiner Würde vor Gott dazu verpflichtet, seinem irrenden Gewissen auch gegen die kirchlichen und staatlichen Autoritäten und sogar auf die Gefahr von Kirchenbann und Reichsacht hin zu folgen.

Man muß zugeben, daß diese in der christlichen Lehre schon früh begründeten „bürgerlichen“ Freiheiten den in landesherrlichen und politischen Dingen befangenen Amtskirchen erst sehr viel später abgerungen werden konnten.

Vielleicht glaubt Professor Zeidler ähnliches auch heute tun zu müssen, wenn er gegen angeblich nur kirchliche Verbote als Inseln der Inhumanität polemisiert. Er befindet sich hierbei in einem folgenschweren Irrtum über die sittlichen und religiösen Grundlagen unserer Verfassung, einem Irrtum, dem er bei sorgfältiger Gewissensprüfung selbstredend folgen darf und muß. Aber zur Befreiung aus kirchlicher Bevormundung gehört mithin die Befreiung aus Irrtümern mit Hilfe eines aufgeklärten Denkens. **Die Unverfügbarkeit des menschl-**

**chen Lebens**, ob in seinen noch unentfalteten Anfängen oder in seinem Absterben und Tod, diese Unverfügbarkeit ist nicht anders begründet und nicht anders zu begründen als die Unverfügbarkeit und Unbedingtheit der Personenwürde des Menschen und seiner Freiheit. Beides gehört zusammen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Bei dieser Unverfügbarkeit des Menschen macht es keinen prinzipiellen Unterschied, ob es sich um die mehr oder weniger entfalteten geistig-personalen Lebensäußerungen des Menschen handelt oder um seine mehr oder weniger entfalteten biologischen Lebensäußerungen. Denn es gibt nur den einen Menschen und das eine menschliche Leben, gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt und vor welcher Lebensäußerung her ich diesen



Dr. Werner Remmers, MdL  
Vorsitzender der CDU-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

Menschen betrachte. **Das Humane, wenn es denn Substanz haben soll, kann niemals zur Disposition, zur Verfügung stehen.** Das Humane verweist den Menschen über sich selbst hinaus. Ich habe einen sehr treffenden Satz in Erinnerung: „Unter den modernen Gesellschaften wird nur diejenige, die Wesentliches ihrer religiösen, über das bloß Menschliche hinausweisenden Überlieferung in die Bezirke der Profanität einbringt, auch die Substanz des Humanen retten kön-

nen.“ Dies ist der Schlußsatz einer Rede, die Jürgen Habermas zum 80. Geburtstag von Gershom Sholem vor bald 10 Jahren gehalten hat. Dieser Satz ist ausdrücklich an die modernen Gesellschaften adressiert. Denn diese sind offenbar besonders anfällig, im Zeichen eines Modernitätsmythos und einer Machbarkeitsgläubigkeit das Humane je nach Opportunität und Zweckmäßigkeit immer wieder neu und anders zu definieren. Demgegenüber verweist auch Habermas auf eine Beziehung zwischen dem Humanen und dem, was „über das bloß Menschliche hinausweist“. Er bringt sogar die religiöse Kategorie des Rettens ins Spiel.

**Diese Rettung des Humanen aber ist möglich, weil die religiöse Überlieferung etwas enthält, das über das bloß Menschliche hinausweist.** Und diese Rettung der Substanz des Humanen geschieht, wenn diese Überlieferung in die Bezirke der Profanität auch tatsächlich eingebracht wird. Dies ist die eben nicht geringe Aufgabe nicht nur der Kirchen und der Christen. Im Grunde genommen müßten alle Bürger, die von der Würde des Menschen und seinen Grundrechten gemäß unserer Verfassung überzeugt sind, sich einmischen, wenn unter ausdrücklicher oder auch geheimer Leugnung der Unverfügbarkeit des Menschen über menschliches Leben aus noch so plausiblen Gründen und mit noch so angeblich humanitären Zielen verfügt wird.

Was haben wir nicht bereits alles aus einem sozialtechnischen Machbarkeitswahn mit Menschen und menschlichen Beziehungen angestellt? Welche Versuchungen werden in Zukunft die gentechnologischen Manipulationsmöglichkeiten für die Menschheit mit sich bringen? Welche Wege wird eine instrumentelle Vernunft noch gehen, um wünschbares, opportunes, angstfreies und fehlerloses menschliches Leben zu definieren? Die „Tötung auf Verlangen“ wäre schließlich nur noch die Verinnerlichung der gesellschaftlich vermittelten Meinung, daß zum Beispiel mein Leben unter bestimmten Umständen nicht mehr opportun, vielmehr eine Zumutung für andere ist.

Es ist also gerade umgekehrt: Die Aufhebung des Verbotes einer Tötung auf Verlangen würde vermutlich sogleich mehrere Inseln der Inhumanität auftauchen lassen. **Das Recht auf Leben** würde dem jeweils herrschenden Opportunismus ausgeliefert und die Zuwendung zum leidenden Menschen am Ende noch als Humanitätsduselei abgetan.

Es ist ein Irrtum über die Grundlagen unseres modernen Verfassungsstaates als eines bleibenden Ergebnisses der europäischen Aufklärung, wenn man etwa meint, mit Durchsetzung der Religionsfreiheit und mit dem Erreichen einer religiösen Toleranz seien auch Christentum und Religion prinzipiell überwunden. Im Gegenteil: Ohne das Christentum und seine Lehre von der Personalität des Menschen wäre es kaum zur Entfaltung der Grundrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen, ob gläubig oder nicht gläubig, ob Mann oder Frau, ob krank oder gesund, im demokratischen Verfassungsstaat gekommen.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes täte angesichts dieser Begründungszusammenhänge gut daran, wenigstens auf Polemik gegenüber den Kirchen zu verzichten.

## Aus dem Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Die Demokratiedenksschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland   | 1  |
| Rettung des Menschlichen   | 3  |
| Neue Technologien und Humanisierung des Arbeitslebens                | 5  |
| Zum Verhältnis Kirche – Politik                                      | 11 |
| Eine Stiftung im Geiste Hermann Ehlers                               | 12 |
| Islam und Christentum – Eine gesellschaftspolitische Herausforderung | 13 |
| Prof. D. Gerhard Friedrich gestorben                                 | 15 |
| Aus unserer Arbeit   | 15 |
| Kurz notiert   | 16 |

# Neue Technologien und Humanisierung des Arbeitslebens

Erich Maaß

Bereits 1974 wurde ein Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens (HdA) ins Leben gerufen und gemeinsam von den Bundesministern für Arbeit und Sozialordnung und Forschung und Technologie durchgeführt. Dabei wurden u. a. folgende Schwerpunkte untersucht: Die Verbesserung des Arbeitsschutzes und die Minderung von physischen, psychischen und sozialen Belastungen und Beanspruchungen. Außerdem wurde untersucht, wie Erfahrungen aus der Forschung in der Praxis umgesetzt werden können sowie die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt. Dabei erlangen Kriterien wie Ausführbarkeit, Erträglichkeit, Zufriedenheit und Zumutbarkeit natürlich besondere Bedeutung. Das heißt konkret, wie erreicht man den optimalen Einsatz des tätigen Menschen unter Beachtung seiner natürlichen Grenzen und seiner gelernten Fähigkeiten. Hierbei müssen Humanität und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen gewahrt sein. Welche Rolle die neuen Technologien bei einer Humanisierung der Arbeitswelt spielen können, wird dabei zur zentralen Frage.

Gerade die Mikroelektronik bietet die Chance, mehr Entwicklungsmöglichkeiten und Freiräume für die Menschen zu schaffen. Der Mensch kann aufhören, Technik-Lückenfüller in noch nicht voll automatisierten Bereichen zu sein. Denn die Mikroelektronik und die auf ihr fußenden und gebauten Apparaturen wie Klein- und Großrechner sowie Sichtgeräte (Monitore) ermöglichen es, die Innovationsgedanken vorzuentwickeln und zu simulieren und dann in der Praxis auf Fabrikation und Anwendung zu übertragen, zu steuern und zu kontrollieren.

So kann der Mensch seine Qualitäten, Kreativität und Leistungskraft einsetzen, um mit Hilfe z. B. der CAD-Systeme<sup>1)</sup> in kürzester Zeit eine Fülle konstruktiver Varianten durchzuspielen, um zu neuen, besseren Produkten zu gelangen. – Zwischenmenschliche Kommunikation kann durch das Vorhandensein von Terminals und Computern

gefördert werden, wenn der von Routinearbeit entlastete Mitarbeiter z. B. mehr Zeit für Kundenbetreuung und -beratung findet.

Ähnliches gilt in der Medizin: Die moderne Medizintechnik rettet jährlich nicht nur Hunderttausende von Menschenleben, sondern ermöglicht ebenfalls – z. B. durch den Einsatz von Analysegeräten – einen größeren Zeitaufwand für den einzelnen Patienten.



Erich Maaß, MdB

In dem Maße, in dem manuelle Tätigkeiten von Maschinensteuerungen, von Handhabungssystemen oder von CAD-Systemen übernommen werden, verschiebt sich die menschliche Tätigkeit zunehmend auf Planen, das Organisieren der Prozesse, das Überwachen und Warten der Anlagen; Aufgaben also, bei denen eher die Fähigkeit des Menschen zur Kreativität gefordert ist als zur stumpfsinnigen Bedienung der Apparate.

Der Einsatz der diversen modernen elektronischen Geräte ermöglicht nicht nur eine effektivere Arbeit, sondern auch eine Arbeitsentlastung. Briefe brauchen nicht mehrmals geschrieben werden,

sondern werden am Bildschirm korrigiert und erst dann in endgültiger Fassung zu Papier gebracht. Niemand denkt heute mehr daran, daß die Belastung der Schreibkräfte durch mechanische Schreibmaschinen zu Sehnenscheiden-Entzündungen führten. Es gibt schon zu lange elektrische Schreibmaschinen, wodurch dieses Krankheitsbild in Vergessenheit geriet. Durch Textver- und Textbearbeitung fällt die stupide Wiederholung von Schreibtätigkeiten fort; daß Adressen und Telefonnummern aus Speichern geholt werden können und eine elektronische Archivierung erfolgen kann, sind weitere Arbeitserleichterungen. Das Aufzählen von den Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien im Bereich der Verwaltung, Wirtschaft und öffentlicher Hand und der damit verbundenen Arbeitserleichterungen wäre beliebig fortzusetzen.

## Neuer Arbeitsablauf

Noch eine andere Entwicklung zeichnet sich ab: Die Arbeitszerlegung weicht zunehmend der Integration früher getrennter Arbeitsbereiche. So wachsen Produktions- und Instandhaltungs-Abteilungen zusammen. Die Produktion übernimmt immer mehr Teilaufgaben der Wartung und Störungsdiagnose, die Instandhaltungs-Abteilungen werden stärker in das direkte Produktionsgeschehen eingebunden. Durch CAD-CAM-Konzepte sind Konstruktion, Arbeitsvorbereitung und Fertigung zunehmend miteinander verzahnt.

Zusammenfassend kann man sagen, daß durch die Mikroelektronik eine Arbeitsbereicherung, die Delegation von Verantwortung, eine Dezentralisierung, das Zusammenführen von Einzelvorgängen und deren Vernetzung einge-

leitet wird. Sie eröffnet die Chance, erstarrte Organisationsstrukturen und Arbeitsabläufe neu und optimal zu gestalten, was eine stärkere Motivation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter zur Folge hat und weiter haben wird.

### Weitere Vorteile

Durch den Einsatz neuer Technologien wird rationeller, präziser, energiesparend gearbeitet und die Humanisierung des Arbeitslebens wesentlich gefördert. Das hatte die Entstehung völlig neuer Berufe zur Folge wie Telekommunikationsmanager, Datenverarbeiter, Softwarehäuser etc., in denen Hunderte von Angestellten beschäftigt werden. Es gibt neue Hersteller, die sich nur mit Elektronik befassen, und bei den eingesessenen großen Elektro-Firmen stieg der Elektronik-Anteil auf über 50 Prozent der Gesamtproduktion. Außer im Bereich der Bürotechnik und Telekommunikation sind neue Firmen auf dem Gebiet der Handhabungsautomaten (Roboter) entstanden. Insgesamt wuchs die Roboteranwendung weltweit um 50 Prozent an; 8.800 Industrieroboter stehen in bundesdeutschen Fabriken, insbesondere in der Autobranche. Der Roboter entlastet den Menschen von eintönigen, gesundheitsschädigenden oder sonst gefährdenden Arbeiten; dies geschieht in der Massenproduktion und wenn er fehlerfreier arbeitet als dies von Hand geschieht.

Bisher hat sich entgegen allen düsteren Prophezeihungen gezeigt, daß Firmen, die neue Technologien incl. Roboter einsetzen, die Zahl der Beschäftigten erhöhen konnten. Von Umsatz-Rückgängen und damit verbundener Arbeitslosigkeit sind hauptsächlich Betriebe betroffen, die nicht konsequent modernisierten oder wo sich durch deren Produktionsart die neuen Technologien nicht oder nur schwer einsetzen lassen, etwa bei der Bauwirtschaft.

### Welche künftigen Schlüsse sind zu ziehen?

Neue Technologien sind kein Verhängnis, denn sie bieten Ent-

wicklungsmöglichkeiten und Chancen, die bei weitem das übertreffen, was mit früheren Techniken möglich war. Das trifft gleichermaßen auf die Humanisierung des Arbeitslebens zu.

Moderne Unternehmensführung, die auf Delegation von Verantwortung setzt, muß daher auf den Lernwillen und die Bereitschaft zu immer neuer Qualifizierung der Mitarbeiter bauen und ihnen entsprechende Bildungsmöglichkeiten einräumen. Zu dieser Aufgabe sind auch die Gewerkschaften aufgerufen, die ihre Mitglieder in diesem Sinne motivieren sollten. Betrieb-

liche Bildung und Weiterbildung haben neben der Humanisierung des Arbeitslebens nicht nur das Ziel, Mitarbeiter fachlich zu qualifizieren, sondern erfüllen eine wichtige Funktion im Rahmen einer Unternehmensführung, die auf Vergrößerung des Freiheitsspielraumes und des Verantwortungsbereiches für jeden einzelnen setzt.

**Anmerkung:** 1) Die Abkürzung "CAD" steht für Computer Aided Design und bedeutet ein computerunterstütztes Arbeiten.

Der Autor Erich Maaß, ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages.

## Das Sein im Glück und im Unglück

*Wir Menschen – und wir im großen Glück, kümmern uns nicht um der Welt Geschehen. Meinen, die Welt sei wunderbar, so schön wie sie noch gar nie war. Dies denken wir aber nur – und das sei wohl bedacht – wenn uns kein Unglück zu schaffen macht. Jedoch wenn wir sind arg betroffen, schrei'n wir zum Himmel empor und hoffen, daß uns doch ja die Hilfe kommt – und das gefälligst prompt. Kommt keine Hilfe herab zu uns, schieben wir alles auf den da oben und fragen uns „Für was soll ich den noch loben?“ Wenn er mich immer im Stich läßt, dann kann ich auch auf ihn verzichten. Meine Arbeit kann ich auch ohne ihn verrichten. So denkt so mancher vor sich hin, wenn er betroffen von der Qual – dann ist die ganze Welt ein Jammertal. Doch ist man glücklich und zufrieden, dann ist's schön hinieden. Dann ist die Welt ein Freudort, doch über das Unglück der andern, darüber sieht man fort.*

*„Was soll ich den andern trösten nun?“ – was interessiert mich sein Leid – erst kommt mein Tun; Ich muß doch auch mal denken an mich – die andern lassen mich ja sonst auch im Stich. Die Einsicht, daß man schlecht gehandelt und gedacht, kommt erst dann, wenn das Unglück einem selbst Sorgen macht. Ach würde man doch ein bißchen mehr im Glücke denken an die anderen – und würde sie mit seinem Glück nur etwas trösten – ein Augenglimmer, dann dankten sie's auch, wenn man ist im Pech und sie im Glück mit Trost zurück.*

Stefan Linxweiler, 15 Jahre

# Zum Verhältnis Kirche – Politik

In einem Interview, das der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, dem Dozenten am Pädagogisch-Theologischen-Institut (PTI) Bonn, Landespfarrer Wilhelm Reinmuth für den Hessischen Rundfunk gab, wies er Pressemitteilungen als falsch zurück, wonach er die Sorge um die Gestaltung der gegenwärtigen Lebensumstände für die Politiker reklamiert und die Theologen auf's Jenseits verwiesen haben will.

Dr. Geißler ist falsch interpretiert worden: Er rede keineswegs einem „Sakristeichristentum“ das Wort. Ein solches passe zu totalitären Regimen, nicht aber in unser Land. Es müsse deshalb selbstverständlich „auf den Kanzeln Stellung bezogen werden zur Gesellschaft und auch zur Politik.“ Wenn Adolf Hitler 1934 in einem Gespräch Martin Niemöller geraten habe, sich auf das Jenseits zu konzentrieren und der Nationalsozialistischen Partei die Sorge für das Diesseits zu überlassen, dann hätte er, Geißler, genau den gegenteiligen Rat erteilt, denn die Kirche könne zu keiner Zeit davon absehen, daß die Gläubigen auch mit ihrer irdischen Existenz – und zwar als Christen! – zurechtkommen und dabei nach Gottes Weisung leben müßten. Eine Nächstenliebe, die sich nicht aktiv an der Gestaltung des Alltags beteilige, sondern sich stattdessen darauf beschränke, das Böse zu vermeiden, sei „von der Faulheit kaum zu unterscheiden.“

## Steine statt Brot

Seine Kritik, so fuhr Geißler fort, die er vor einiger Zeit in einem Beitrag für die Mainzer Allgemeine Zeitung geäußert habe, übe er an solchen Pfarrern, die sich darauf beschränkten „über vorletzte Dinge wie Nicaragua, Formaldehyd und Pershing II“ zu predigen und darüber die letzten Dinge, „Gott, den Tod, das Leben nach dem Tod, das Leiden und das Kreuz Jesu und seine Auferstehung“ vergäßen. Wenn man auf diese Weise „von manchen Kanzeln herab Menschen, die

die Wahrheit suchen, Steine statt Brot“ gebe, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn Jugendliche „in den Einflußbereich destruktiver religiöser Kulte“ gerieten. Die Politiker jedenfalls seien „letztendlich überfordert“, wenn sie „die Fragen nach dem Sinn des menschlichen Daseins beantworten“ sollten. Dafür seien die Theologen zuständig.

Natürlich könne sich auch die Kirche zu politischen Fragen äußern. Wenn die Rheinische Landessynode soeben beschlossen habe, der Bundesregierung Boykottmaßnahmen gegen Südafrika zu empfehlen, wie sie auch Präsident Reagan vorschlage, so sei dies „völlig legitim“, theologisch aber bedeutungslos und binde niemanden in seinem Glauben. Auch Christen seien schließlich nicht den „politischen Äußerungen eines kirchlichen Gremiums unterworfen, sondern allein ihrem Gewissen“. Das gelte selbstverständlich auch für die katholische Seite. Selbst Worte des Papstes – wie zum Beispiel – in der Enzyklika über die Pille – „binden“, so Geißler, „keinen Katholiken in seinem Gewissen.“

Im übrigen hätten die Boykottmaßnahmen der Amerikaner gegen die Sowjetunion (Afghanistan) und Polen (Unterdrückung der Solidaritätsgewerkschaft) gezeigt, daß damit kaum die beabsichtigten politischen Wirkungen zu erzielen seien. Es habe „nichts genützt“. Von daher müsse sich die Rheinische Synode fragen lassen, ob sie recht bedacht habe, daß Boykottmaßnahmen „in der Regel nicht dem Regime, wohl aber den unterdrückten Menschen“ schadeten, vor allem „denjenigen, die in sozialer Not sind.“

## Politik auf der Basis eines christlichen Menschenbildes

Im Hinblick auf die Bergpredigt sagte Geißler, es gebe zwar keine christliche Politik, aber „es gibt eine



Dr. Heiner Geißler, MdB

Politik auf der Basis eines christlichen Menschenbildes“. Natürlich beanspruche die Bergpredigt den Menschen ganz. Aber es sei nicht erlaubt, sie „auszubeuten für ein ganz bestimmtes politisches, strategisches und verteidigungspolitisches Konzept“.

Der CDU-Generalsekretär berief sich zur Begründung der von seiner Partei verteidigten Würde des Menschen auf dessen Gottesebenbildlichkeit. Auf die Frage von Landespfarrer Reinmuth, wo denn in der Politik der CDU zum Ausdruck komme, daß Gott nicht die Züge des selbstbewußten, erfolgreich tätigen Menschen trage, sondern sich im Antlitz des dornengekrönten, leidenden Christus zeige, antwortete Geißler, dies sei „ein Bild“. Der Gott der Christen sei „auch der Gott der Auferstehung und der Erlösung des Menschen“ und darin vor allem „der Gott der Hoffnung“. Deshalb könne die Welt „zum Guten gestaltet werden, wenn wir alles tun, um das Unrecht und das Böse zu überwinden“. Insofern hätten „gerade Christen eine besondere Verantwortung für die Politik“.

Allerdings sei die Empfehlung des Reformierten Moderamens für Nordwestdeutschland, die Verweigerung des Kriegsdienstes aus christlichem Gewissen müsse

„dringend geraten“ werden, „absolut falsch“. Man könne nicht mit einer Deklaration „die Gewissen binden“ und gleichzeitig für die Gewissensfreiheit eintreten. Es sei überdies ein Irrtum, anzunehmen, der Friede lasse sich nur dadurch

sichern, daß man den Wehrdienst verweigere. „Wenn die Pazifisten“, so Geißler wörtlich, „eine politische Mehrheit in den westeuropäischen Staaten und Amerika bekämen, dann würde es eine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgrün-

den sehr rasch nicht mehr geben. Wenn die Werte der Demokratie bedroht sind dann muß man zur Verteidigung bereit sein.“

—  
Anmerkung: vgl. „Unsere Autoren“

---

## Eine Stiftung im Geiste Hermann Ehlers'

Hans Georg Hess

---

**Eine vitale Demokratie braucht neben den staatlichen Institutionen das private Engagement Ihrer Bürger. Die Hermann-Ehlers-Stiftung leistet einen wichtigen Beitrag zu politischer Bildung und Konsensfindung.**

Geist und Name von Hermann Ehlers leben fort. Freunde, politische Weggefährten – einer seiner Nachfolger auf dem Stuhl des Parlamentspräsidenten in Bonn, Kai-Uwe von Hassel, an ihrer Spitze – gründeten 1968 eine Stiftung und benannten sie nach ihm. Die Hermann-Ehlers-Stiftung nahm im Herbst '69 ihre Arbeit auf.

Die Satzung umreißt ihre Aufgaben:

– Politische Erwachsenenbildung auf freiheitlich-demokratischer und christlicher Grundlage zu fördern.

– Studentenwohnheime zu betreiben.



Hermann Ehlers

In Kiel, am Sitz der Stiftung, unterhält sie eine Akademie mit Internatsbetrieb, und ab September '70 ein Studentenwohnheim mit gut 50 Plätzen. Von der schleswig-holsteinischen Metropole ausgehend, sind ab Mitte der 70er Jahre im norddeutschen Revier weitere Häuser eingerichtet: in Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Hamburg; in Berlin und Bremen gibt es nur Büros für die Seminararbeit.

Die Studentenheime erfreuen sich großer Beliebtheit: Zu Anfang in Kiel vom ASTA der Landesuniversität als „faschistische Herrschaftsclique“ beschimpft, übersteigt heute – trotz rückläufiger Studentenzahlen – die Nachfrage noch immer das begrenzte Angebot der Wohnheime (wie übrigens auch der Akademien). Die fünf Hermann-Ehlers-Häuser mit Platz für 850 Studenten stehen allen Studikern von Universitäten und Fachhochschulen offen, die sich zu den Grundlagen unseres freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates bekennen und Interesse für ihre politische und soziale Umwelt zeigen. Bis jetzt haben insgesamt 3.000 junge Demokraten, die sich auch für unseren Staat engagieren wollen, in ihnen gewohnt.

In den Akademien haben eine Viertelmillion politisch Interessierter an den zirka 7.000 Veranstaltungen teilgenommen; die jährliche Besucherquote liegt bei rund 32.000. Ein Erfahrungswert: 60 Prozent sind männlich, 40 weiblich.

Die Akademien arbeiten in sogenannten Gesprächskreisen, die von etwa 300 Ehrenamtlichen, Sachkennern aus Politikbereichen geleitet und moderiert werden. Der Geschäftsführer ist Dr. Walter Bernhardt. Einwöchige Rhetorik-Seminare haben ihre Spitzenposition an Presse- und Medien-Kurse abgegeben. Den zweiten Platz nimmt die Deutschlandpolitik mit mehrtägigen Exkursionen in die DDR und Berlin-Seminaren ein. In der Interessenskala folgen Wirtschaft und Soziales, Außenpolitik, Geschichte (mit auffällig steigender Tendenz), Kommunales (mit heimatkundlichen Ausflügen und Umweltbeobachtung), Bildung und Kultur, Sicherheitspolitik (mit Fahrten zur NATO) und Europa (mit Seminaren vor Ort in Straßburg).

Und wer das alles bezahlt: nicht einmal politische Bildung gibt es frei Haus! Die Deckung der 2,1 Mio. DM für den Wohnbereich und der 3,6 Mio. DM für den Akademiebetrieb auf Jahresbasis wird sichergestellt durch Teilnehmerbeiträge und Länder- wie Bundeszuschüsse.

Die Hermann-Ehlers-Stiftung orientiert ihre Arbeit auch an der Nachfrage: Geschlossene Gruppen, zum Beispiel das Lehrlingsteam eines Unternehmens, bestimmen das Thema, tragen die Kosten ganz oder auch nur teilweise und bekommen beste Referenzen und informatorische Leckerbissen in Gestalt von gezielten Exkursionen und Besichtigungen geboten. Die Hermann-Ehlers-Stiftung hat etwa



80 Mitglieder, die zum Teil noch (wie der Schreiber dieser Zeilen) Hermann Ehlers persönlich verbunden gewesen sind. An der Spitze des 17köpfigen Vorstandes steht Kai-Uwe von Hassel. 20 Kuratoriumsangehörige bestimmen die Richtlinien. Die Stiftung ist bemüht, staatlicher Professionalität ehrenamtliche Kompetenz in politischer Bildung junger und erwachsener Bürger entgegenzusetzen. Sie verfügt über 40 (bezahlte) Mitarbeiter (zur Hälfte teilzeitbeschäftigt). Die Akademien sind Stätten der Begegnung, der Ideenkonkurrenz, des Experimentierens beim Aufspüren neuer Fragestellungen und Finden sachgerechter, sprich vernünftiger Lösungsvorschläge.

Genau in diesen Rahmen passen zwei Hermann-Ehlers-Preise, die einmal jährlich von der Stiftung an profilierte Politiker oder Wissenschaftler und an wissenschaftlich-politische Nachwuchskräfte vergeben werden; Namen wie Dr. Ger-

hard Schröder, Pierre Pflimlin, Dr. Walter Wallmann, Professor Helmut Thielicke, Professor Ernst Benda zieren die Liste der Preisträger.

Im Geiste von Hermann Ehlers wird in der nach ihm benannten Stiftung gearbeitet, den der damalige Vizepräsident Carlo Schmid in seiner Trauerrede am 2. November 1954 vor dem Deutschen Bundestag so beschrieb:

„Oft ist er von seinem hohen Stuhle herabgestiegen, um sich in einer Debatte, deren Thema ihn besonders anging, zu Wort zu melden. Er schlug eine scharfe und noble Klinge und konnte treffen, ohne den Getroffenen in den Staub zu werfen. . . Auf den letzten Stoß hat er oft verzichtet. Überhaupt hat er, wenn er als Abgeordneter sprach, häufig darauf verzichtet, gegen jemand oder gegen etwas zu sprechen. Zumeist war seine Rede ein Bekenntnis zu etwas, für etwas und mehr zum Grundsätzlichen und

Grundlegenden als ein Plädoyer für besondere Interessen. Auch bei seinen Abgeordnetenreden behielt er etwas vom Präsidenten an sich, vom Moderator, vom Hüter auch der Ordnungen des Denkens und des rechten Gefüges der Werte.“

---

**Anmerkung:** Hermann Ehlers war von 1950 bis 1954 Präsident des Deutschen Bundestages, starb 50jährig. 1904 in Berlin geboren, engagierte er sich in der evangelischen Jugendbewegung und wirkte während des Dritten Reiches als Justitiar in der Bekennenden Kirche. 1952 wurde er der erste Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Die Laudatio auf den Preisträger des Jahres 1985 hielt Ministerpräsident Dr. Dr. Uwe Barschel. Er gehörte zu den ersten Akademiestudenten in Kiel und war dort auch einer der ersten Tutoren und Referenten.

Anschrift: Hermann-Ehlers-Stiftung, Gurlittstraße 3, 2300 Kiel 1.

**Quelle:** Der Arbeitgeber, hrsg. v. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Gustav-Heinemann-Ufer 72, 5000 Köln 51.

Autor: Dr. Hans Georg Hess, Rechtsanwalt aus Wunstorf-Idsen.

---

## Islam und Christentum – Eine gesellschaftspolitische Herausforderung

Kurt Erlemann

---

Vom 24.-26. Januar 1986 fand in der Karl-Arnold-Bildungsstätte ein Seminar des „Arbeitskreises Theologie“ des EAK und des RCDS statt. Thema war „Islam und Christentum, eine gesellschaftspolitische Herausforderung“. Zahlreich waren die Teilnehmer gekommen, zumeist Studenten, darunter auch Vertreter des islamischen Glaubens, um zu erarbeiten, ob und wie ein für beide Seiten, Christen und Muslime befriedigendes Zusammenleben in der Bundesrepublik erreicht werden könnte. Die Thematik ist überaus aktuell, da der Islam die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in unserem Land ist und sich immer mehr Muslime für einen längeren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland entscheiden.

In einem ersten Schritt galt es, die Erfahrungen mit Vertretern der jeweils anderen Religion und Kultur aufzuarbeiten. In zahlreichen Einzelgesprächen stellte sich heraus,

daß große Unwissenheit auf beiden Seiten Ursache für Unsicherheiten, Vorurteile und Ängste ist. Auf seiten der Muslime stellt sich die Situation besonders der Jugendlichen als Dilemma dar: sie stehen oftmals zwischen zwei Kulturen, fühlen sich sowohl der Kultur und Religion ihrer Eltern verpflichtet als auch der Kultur Westeuropas, in der sie groß geworden sind.

---

### Der Islam ist zum Dialog bereit

---

Durch ein engagiertes Referat von Herrn M.S. Abdullah, Leiter des Islamarchivs in Soest, wurden Grundzüge der islamischen Religion und Elemente, die Islam und Christentum historisch und theologisch verbinden, deutlich und so

das Wissen und Verstehen gefördert. Als wesentlichen Zug nannte Herr Abdullah die Dialogbereitschaft, die dem Islam zu eigen sei; Altes und Neues Testament würden vom Islam als Offenbarungen desselben Gottes anerkannt, Islam, Christentum und Judentum seien „drei Zweige eines Baumes“, wie er sich ausdrückte. So sei es auch nicht Ziel des Islams, in Deutschland Mission zu treiben, und dasselbe erwarte man auch von christlicher Seite.

---

### Probleme der rechtlichen Integration

---

Herr W. Aries, Leiter der VHS Gütersloh und selbst deutscher Muslim, konnte in einem weiteren



Der Tagungsleiter Kurt Erlenmann und Seminarteilnehmer (v. r. n. l.)

Referat bewußt machen, welche Geschichte der Islam in Deutschland seit 250 Jahren hat, und wie es heute um den rechtlichen Status der Muslime bestellt ist. So ist die Anerkennung der Muslime, insbesondere der ausländischen als Körperschaft des öffentlichen Rechts noch keineswegs geklärt. Dies liegt zum einen daran, daß der Islam keine religiöse Hierarchie in unserem Sinne kennt und somit kein für alle Muslime verbindlicher Dialog- und Verhandlungspartner zur Verfügung steht. So vertritt der „Islamische Weltkongreß“ (IWK) nach Meinung der ausländischen Muslime, nur die deutschen Muslime, nicht aber die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer. Zum anderen erweisen sich Versuche der rechtlichen Integration als politisch brisant, denn der Koran ist zwar das einigende Band aller Muslime, aber im Bereich der Kultur, des Brauchtums und der juristischen Verfahrensweisen, tun sich große nationale Unterschiede auf. So wäre verschiedenen Nationalitäten gleichzeitig Rechnung zu tragen. Das hat z. B. zur Folge, daß ein islamischer Religionsunterricht etwa mehrsprachig angeboten werden müßte, da nicht alle Muslime dieselbe Sprache sprechen. Außerdem wäre bei Bemühungen, etwa einen islamischen Religionsunterricht einzuführen, mit dem Widerstand verschiedener deutscher Interessengemeinschaften und Institutionen wie der Kirchen zu rechnen. So stellt sich der momentane Status für die ausländischen Muslime in unserem Land als ein Dilemma dar, das sowohl aus der unterschiedlichen Kul-

tur als auch der unterschiedlichen Gesellschaftsform resultiert: Während wir in einer säkularisierten Gesellschaft leben, in der religiöse und bürgerliche Existenz unterschieden sind, sind in den islamisch geprägten Ländern die Bereiche Politik, Brauchtum und Religion sehr eng miteinander verschränkt.

Es ergab sich von daher die Frage, wie eine Integration der Muslime möglich sei, ohne sogleich auf die nationalen Interessen Rücksicht nehmen zu müssen. Ein Ansatzpunkt zur Lösung des Problems ist die Beschränkung der rechtlich geregelten Integration auf den Bereich der Religionsausübung. Was nationales Brauchtum und Verfahrensweisen angeht, ist ein für beide Seiten erträglicher „modus vivendi“ zu suchen, der aber nicht gesetzlich geregelt sein sollte.

### Die Stellung der Frau

Nachdem Teil I des Seminars Grundzüge des Islams deutlich werden ließ, ging es im 2. Teil um einen konkreten Punkt, an dem die bestehenden Vorurteile und das Unwissen in besonderer Weise sichtbar werden: Die Stellung der Frau im Islam. Auch hier halfen Einzelgespräche, die Lektüre in Kleingruppen und ein Vortrag von Frau Schöning von der Universität Mainz, einen differenzierten Einblick zu bekommen. Hintergründe von für uns so unverständlichen Institutionen, wie die Vielehe und die Verschleierung wurden erkennbar. Auch wurde von moslemischer

Seite manche Anfrage zur Stellung der Frau im Christentum formuliert. Vorsicht ist geboten, die Rechtsordnung in islamisch geprägten Ländern nach europäischen Maßstäben zu messen, zumal die Gleichstellung der Frau auch hierzulande oft erst unzureichend realisiert ist. Außerdem ist in den meisten islamischen Ländern ein Fortschritt zu erkennen. Bestimmungen, nach denen die Frau ohne ihren Willen verheiratet werden kann, sind zu meist revidiert, ebenso wie das Scheidungsrecht, das heute den Frauen mehr Rechte zusichert als zu früheren Zeiten. So sind die Unterschiede zur rechtlichen Stellung der Frau in Europa geringer als allgemein angenommen, obgleich eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis festzustellen bleibt.

### Auf dem Weg zum Miteinander

Ein Ergebnis des Seminars war es, daß der Weg zu einer Integration der Muslime in der Bundesrepublik noch recht weit ist, und daß der Dialog, die Voraussetzung für eine Integration, erst begonnen hat. Wir Deutschen müssen sehr viel dazulernen und bereit sein zuzuhören, wenn uns daran gelegen ist,

#### Unsere Autoren:

K. Rüdiger Durth  
Frankenstraße 15  
5300 Bonn 2

Dr. Werner Remmers, MdL  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag  
Leineschloß  
3000 Hannover

Erich Maaß, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn

Pfarrer Wilhelm Reinmuth  
Päd. Theologisches Institut  
der Evangelischen Kirche im Rheinland  
Akazienweg 20  
5300 Bonn 2

Hans Georg Hess  
3050 Wunstorf-Idsen

Kurt Erlenmann  
Untere Neckarstraße 16  
6900 Heidelberg

Pfarrer Dr. Gottfried Mehnert  
Grillenberg 24  
2300 Kiel 14

Stefan Linxweiler  
Schulstraße 13  
6229 Schlangenbad 3

das momentane Dilemma abbauen zu helfen. Letztlich ist unsere Dialogbereitschaft und die Fähigkeit, offen zu sein für Neues und Fremdes, die „Nagelprobe“ einer Gesellschaft, die sich christlich und pluralistisch nennt. Christsein hat nichts mit Gleichgültigkeit dem Anderen gegenüber zu tun, sondern mit

Offenheit und der Bereitschaft, dazuzulernen. Das gilt in gleicher Weise für die bei uns lebenden ausländischen Muslime. Eine solche Offenheit und Bereitschaft fängt bei jedem einzelnen an, wie auf unserem Seminar, das hoffentlich bald eine angemessene Fortsetzung finden wird. Wer Wege und

Möglichkeiten sieht, eine solche Fortsetzung mitzugestalten, sei herzlich um seine Mitarbeit gebeten.

**Anmerkung:** Kurt Erlemann, Tagungsleiter und Autor dieses Beitrages, studiert Evang. Theologie an der Universität Heidelberg.

---

## Prof. D. Gerhard Friedrich gestorben

Gottfried Mehnert

Im Alter von 77 Jahren ist am 18. Januar in Kiel der emeritierte Ordinarius für Neutestamentliche Wissenschaft Prof. D. Gerhard Friedrich gestorben. Der international bekannte und anerkannte Neutestamentler hat durch seine Arbeit als Hochschullehrer Bedeutendes zur Erforschung und Interpretation des Neuen Testaments beigetragen. Zwei große bibeltheologische Werke sind mit seinem Namen verbunden. An erster Stelle muß das 11 Bände umfassende „Theologische Wörterbuch zum Neuen Testament“ genannt werden, dessen Herausgeberschaft er 1948 mit dem fünften Band übernahm und dessen abschließenden Nachtragsband er 1979 vorlegen konnte. An zweiter Stelle ist die Kommentarreihe „Das Neue Testament Deutsch“ zu nennen, die er über Jahrzehnte als Herausgeber betreut hat. Für sie verfaßte er die Auslegung des Philipper- und Philemonbriefs.

Der in Ostpreußen geborene Gelehrte war nach dem Studium in Marburg, Tübingen und Königsberg zunächst Assistent in Tübingen und kehrte 1936 nach Ostpreußen zurück, wo er Inspektor am Predigerseminar der Bekennenden Kirche und Gemeindepfarrer war. Nach dem Krieg begann sein Weg als Hochschullehrer, der

ihn 1953 von Bethel nach Kiel und schon 1954 an die Universität Erlangen führte. Seit 1969 lehrte er bis zu seiner Emeritierung 1976 an der Kieler Universität.

In seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit war Gerhard Friedrich durch und durch Bibeltheologe und deshalb nicht in die Schubfächer theologischer Schulen und Richtungen einzuordnen. Er vertrat, wie er es selbst einmal nannte, einen Biblischen Realismus, der auf dem Wort beruht. Von diesem Blickpunkt her hat er nicht nur die neutestamentliche Wissenschaft gehandhabt, sondern auch zu aktuellen Gegenwartsfragen Stellung genommen. Wenigstens drei Veröffentlichungen verdienen in dieser Hinsicht Erwähnung und Empfehlung, weil sie zu entscheidenden Grundfragen unserer Gegenwart das Wort der Bibel zur Geltung bringen und weil sie in unserer Kirche und in der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet worden sind. Es ist zum ersten die Anfang der siebziger Jahre erschienene Schrift „Utopie und Reich Gottes“, mit dem Untertitel „Zur Motivation des politischen Verhaltens“. Zweitens ist es das im evangelischen Bereich bisher wenig beachtete (offenbar weil im Verlag des Katholischen Bildungswerks [1977] erschienene) Buch „Sexualität und Ehe – Rückfragen an das Neue Testament“, das nicht nur auf solidem bibelwissenschaft-

lichen Fundament ruht, sondern das auch im Blick auf die Gegenwartsfragen Folgerungen und Antworten bietet. Schließlich ist noch das 1982 erschienene, nach wie vor hochaktuelle Buch „Ökologie und Bibel – Neuer Mensch und alter Kosmos“ zu erwähnen, das insbesondere wegen seiner Schlußkapitel über die Aufgabe der Kirche und Theologie angesichts der ökologischen Fragen mehr beherzigt werden sollte.

Viele wissen Gerhard Friedrich aufrichtigen Dank für das, was er als theologischer Lehrer, als Interpret des Neuen Testaments und nicht zuletzt als brüderlicher und väterlicher Berater zu geben und zu sagen wußte.

Auch der Evangelische Arbeitskreis, dem er besonders in den letzten zehn Jahren eng verbunden war, verdankt ihm wertvolle beratende Begleitung, wo immer es darum ging, die evangelische Verantwortung in aktuellen politischen Herausforderungen und Fragen – wie beispielsweise der Umweltproblematik oder der Friedensdiskussion – zu formulieren und zu vertreten.

**Anmerkung:** Pfarrer Dr. Gottfried Mehnert, Autor dieses Nachrufes, gehört dem EAK-Bundesvorstand an.

---

## Aus unserer Arbeit

---

### Aktuelle Fragen aus Kirche und Politik

**Wesel.** Am 21. Januar 1986 hatte der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU des Kreises Wesel seine erste diesjährige Vorstandssitzung in Wesel-Büderich. Sein Vorsitzender, Dr. **Dieter Beisecker**, bezog sich in seinem Bericht zur politischen Lage

auch auf die Denkschrift des Rates der EKD, „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe.“ Erfreut erkannte er schon in ihrem Titel die Anerkennung unseres Staates, dessen demokratische Ordnung die Würde des Menschen schützt. Diese Schrift, führte er aus, versieht das politische Engagement in

unserem Staat mit jenem hohen Rang, den die Arbeit im Beruf durch die Reformation erhalten hat.

Wer aber denkt heute noch daran, so fragt er, daß diejenigen, die unser Grundgesetz und damit auch unsere politische Ordnung geschaffen haben, zugleich auch die Väter unserer Verteidigungskonzeption sind? Den Erfolg dieser Leistung sehen wir

heute nach über vierzig Jahren des Friedens. Die konsequente Verfolgung eines Gleichgewichtes der Kräfte hat allerdings auch zu der vielgeschmähten Nachrüstung geführt. Jedoch hat die feste aber berechenbare Politik der westlichen Welt im vergangenen Jahr zu Kontakten zwischen den großen Machtblöcken geführt, die uns hoffen läßt.

Wer allerdings angesichts dieser Situation, wie es jüngst in einem Antrag der Kreissynode Oberhausen an die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland geschehen ist, behauptet, daß die Kriegsdienstverweigerung die heute notwendige Entscheidung ist, ignoriert die Tatsachen.

Unsere Regierung steht, so meinte der Vorsitzende, mit ihrem Slogan „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ im Wort. Das ständige Aufrüsten zur Erhaltung des Gleichgewichts muß abgelöst werden durch ein weitweites Abrüsten unter Beibehaltung des Gleichgewichts. Die Kosten für die Rüstung, die dann nicht mehr benötigt werden, müssen den Ärmsten in der Welt zu gute kommen.

Auch wir sind, sagte Dr. Beisecker im Rückblick auf die letzte Landessynode der Meinung, daß das Unrecht, welches an der farbigen Bevölkerung in Südafrika begangen wird, beendet werden muß. Wir meinen aber zugleich, daß jede Hilfe für die in Südafrika und Namibia wohnenden Farbi-

gen mit sehr viel Fingerspitzengefühl erfolgen muß. Das heißt: weder darf ein Boykott, wie er von den Synodalen gefordert wurde, die Not der ärmeren Bevölkerungsschichten vergrößern, noch dürfen Hilfsleistungen an gewaltbejahende Organisationen wie der ANC oder die namibische SWAPO von diesen mißbraucht werden können. Zentrales Thema der Landessynode war aber, darauf verwies er auch, die Konfirmandenarbeit und der Religionsunterricht. „Wir wünschen der Kirche bei diesem Anliegen sehr viel Erfolg und hoffen, daß sie ihr Ziel, mehr Theologen als bisher zu beschäftigen, bald verwirklichen kann.“

---

## Kurz notiert

---

---

### Evangelischer Kirchentag wendet sich verstärkt Minderheiten zu

---

**München.** Der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag vom 17. bis 21. Juni 1987 in Frankfurt wird sich verstärkt Minderheiten wie Arbeitslosen, Ausländern und Suchtkranken zuwenden. Dies kündigte Kirchentagspräsidentin Professor Eleonore von Rotenhan (München) in einem Interview des epd an. Frau von Rotenhan sieht eine „neue Dimension“ des zuletzt von mehr als 130.000 Dauerteilnehmern besuchten Protestantentreffens, wenn Organisationen wie die etwa 100.000 Mitglieder zählenden Selbsthilfegruppen der Suchtkranken ihr Jahrestreffen mit dem Kirchentag verbinden.

Auch bei den Veranstaltungen zum Thema „Ausländer“, die bisher schlecht besucht gewesen seien, bietet sich nach Ansicht der Präsidentin in der Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil der Bundesrepublik die Zusammenarbeit mit den Betroffenen an.. Als Beispiel nannte Frau von Rotenhan die Problematik der binatio-

nen Familien, deren Belange von der in Frankfurt ansässigen „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen“ wahrgenommen werden.

Grundsätzlich müsse die Kirchentagslösung „**Seht, welch ein Mensch**“ als Ermutigung und Hoffnung für „die geschundene Existenz der Menschen“ verdeutlicht werden. Das Wort des Pilatus über den dem Tod geweihten Jesus müsse auch als Aussage über den auferstandenen Christus vermittelt werden. Denn der Mensch als Opfer sei für den christlichen Glauben nicht das Ende und das Normale.

---

### Hanselmann: Abtreibung aus Notlagenindikation ein Schandfleck

---

**München.** Landesbischof Hanselmann hat die Schwangerschaftsabbrüche in der Bundesrepublik scharf kritisiert. Bei einem ökumenischen Gottesdienst im Münchner Liebfrauentum sagte Hanselmann kürzlich, die Möglichkeiten der Notlagenindikation für eine Abtreibung seien ein „Schandfleck“. Wer dulde, daß scheinbare oder tat-

sächliche soziale Notstände auf dem Wege der Tötung beseitigt würden, mache sich zum eigenen „sozialpolitischen Totengräber“. Die Abtreibungspraxis in der Bundesrepublik bezeichnete der Bischof als eine Form der Tötung auf Verlangen. Ungezählte Menschen fühlten sich in ihrem Gewissen belastet, weil sie dies „durch ihre Krankenkassenbeiträge zwangsweise mitfinanzieren“ müßten.

Hanselmann äußerte die Hoffnung auf einen Bewußtseinswandel in der Bundesrepublik. Es bereite aber „ungemeine Beschwerden“ abzuwarten, bis sich „vielleicht einmal die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Verantwortung vor Gott“ besinne. Die Bundesrepublik, so der Bischof, habe trotz „punktueller sogenannter Neuer Armut“ Möglichkeiten, die mit dem Abtreibungswunsch aufgeworfenen Fragen anders zu lösen, etwa durch eine familienfreundlichere Politik. Als „geradezu unglaublichen Schlag ins Gesicht der Christen“ bezeichnete Hanselmann Äußerungen des Bundesverfassungsrichters Wolfgang Zeidler, der Embryos im Frühstadium „himbeerähnliche Gebilde“ genannt hatte.

---

*Wir wünschen unseren Lesern ein frohes und gesegnetes Osterfest.*